

## ***Wege aus der BVG-Krise – Der grüne 8-Punkte-Plan für einen attraktiven Nahverkehr***

### ***Schwarz-Rot spart die Stadt kaputt – Die Stadt funktioniert von Tag zu Tag schlechter***

Warten auf den Bus oder die Bahn – für immer mehr Berliner\*innen ist dies mittlerweile trauriger Alltag. Doch wenn es nicht mehr um 2-3 Minuten mehr, sondern regelmäßig um 15, 20 oder gar 25 Minuten längere Wartezeiten geht, dann geht dies für viele Fahrgäste an die Substanz. Denn wer sich nicht mehr sicher sein kann ob die angezeigten Zugzeiten auch wirklich stimmen oder ob die versprochene U-Bahn auch wirklich kommt oder dann doch kurz vor dem erwarteten Eintreffen einfach von der Anzeigetafel verschwindet, dann wird es ärgerlich. Spätestens jetzt sind immer mehr Menschen gezwungen deutlich früher zur Arbeit, Schule oder dem nächsten Termin loszugehen, weil sie nicht wissen, ob sie es sonst noch pünktlich schaffen. Wenn Kita- oder Grundschulgruppen keine Ausflüge mehr machen können, nicht sicher gestellt ist, dass die U-Bahn kommt und ob sie dann überhaupt mit den Kindern in den Wagen passen, dann ist das gesellschaftliche Leben offiziell eingeschränkt. Wenn zudem in vielen Teilen Berlins ab 20 Uhr nicht einmal mehr die Busse fahren, weil der Fahrplan eingestellt wurde – dann ist die Krise da. Aber ein leistungsfähiges BVG-Angebot ist das Rückgrat einer funktionierenden Stadt. Höchste Zeit also, etwas zu tun!

### ***Was macht die Krise aus?***

- Die BVG-Krise aufgrund von **Fahrzeug- und Fachkräftemangel** spitzt sich immer weiter zu. Das Ergebnis sind **Fahrplankürzungen und Taktausdünnungen**. Verkauft werden diese mit Parolen à là "**Das merkt doch keiner**". Das verärgert nicht nur viele Fahrgäste, sondern auch das Personal.

- Taktausdünnungen sorgen für überfüllte U-Bahnen; Menschen kommen nicht mehr **pünktlich** zur Arbeit, der Frust steigt. Menschen, die nicht Autofahren können oder wollen, werden **abgehängt**. Über 2,5 Millionen Menschen in Berlin besitzen kein Auto, ohne zuverlässigen ÖPNV und ohne sichere Radwege verlieren diese Menschen ihre Mobilität!
- Die Ankündigung der Koalition, massiv bei der BVG zu sparen, wird die Situation zusätzlich verschlimmern. Je weniger Angebot die BVG auf Schiene und Straße bringt, desto weniger Einnahmen bekommt sie auch vom Land ausgezahlt. Der Spardruck bei der BVG erhöht sich. Diese **Abwärtsspirale muss gestoppt werden!**
- Schwarz-Rot macht **Politik gegen die Menschen** in Berlin. Fakt ist: Bereits jetzt hinkt Berlin massiv hinter anderen Metropolen wie Kopenhagen, Wien und Paris bzgl. Investitionen in den ÖPNV hinterher. Insbesondere der Altersschwund der U-Bahn-Infrastruktur ist eine besondere Hypothek der Sparjahre von Sarrazin.
- Zudem belastet das Land die BVG zusätzlich, in dem sie sie mit der kostspieligen **Planung neuer U-Bahnlinien beauftragt**, ohne dass das Land entsprechende Mittel dafür im Haushalt abgesichert hat.
- Der Senat verspricht leichtfertig 10 neue U-Bahnlinien und eine zeitnahe Magnetschwebbahn durch die Stadt, richtet aber in Wahrheit das vorhandene System zu Grunde. Der **Sanierungsstau** beim Bestandsnetz der U-Bahn beträgt 3 Mrd. Euro.
- Gleichzeitig depriorisiert der Senat im Zuge der PMA-Auflösung still und leise den Bau neuer U-Bahnlinien: die **U7 zum BER wird nur noch mit Priorität 3** aufgelistet, aber auch neue Tramstrecken wie nach **Spandau** fallen hintenrunter und werden nur noch als **Prio 5** eingestuft.
- Stattdessen wird mit Perspektive aus dem Auto einseitig der **Fokus auf millionenschweren Straßenausbau** gelegt (TVO, A 100, Schlangebader Tunnel), obwohl immer weniger Menschen einen privaten PKW besitzen (-20.000 PKW seit 2021)
- Schwarz-Rot tut weiterhin so, als ob die Krise nur herbeigeredet sei, als ob es nur um „neue Polster“ ginge, die Menschen würden das gar nicht merken - dieses **Schönreden muss aufhören**.
- Die **BVG verspielt das Vertrauen und der Senat guckt tatenlos zu**. Aber die Wut der Fahrgäste ist umso größer, je geringer die Transparenz ist.

## ***Investieren statt Sparen – der Grüne 8-Punkte-Plan für Wege aus der BVG-Krise***

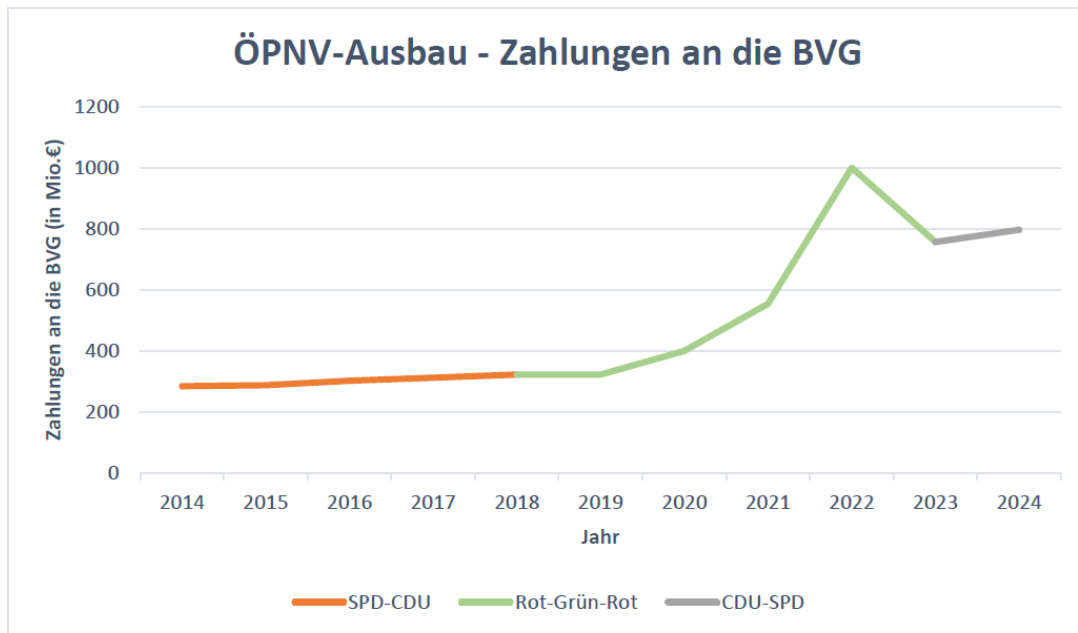
- 1. Keine Kürzungen beim ÖPNV:** Senatoren und Haushälter der Koalition kündigen seit Monaten Kürzungen der Verkehrsverträge an. Dabei zeigt schon das aktuelle Chaos, welche Auswirkungen fehlende Investitionen in Netz und Fuhrpark haben. Mittelkürzungen führen zu einer weiteren Verschärfung der Krise, statt sie zu lösen. Die lang abgestimmten Verkehrsverträge garantieren eine solide finanzielle Basis für dichtere Takte, neue Wagen bei Tram und U-Bahn und sichern die Mobilität für hunderttausende Menschen. Das gilt es fortzuführen. Wir fordern: Keine Leistungskürzungen bei der BVG!
- 2. 1.500 neue U-Bahnwagen jetzt absichern: Mehr Investitionen** müssen langfristig abgesichert werden, die bestehende Option neben den 1.000 finanziell abgesicherten U-Bahnwagen, **weitere 500 U-Bahn-Wagen zu bestellen**, muss finanziell hinterlegt werden. Wir fordern: **Es braucht kontinuierlich neue Wagen**, um zukünftige BVG-Krisen dauerhaft zu verhindern. Die Finanzierung ist über Transaktionskredite abzubilden, analog zur Beschaffung neuer S-Bahnwagen über die LSF (Landesanstalt zur Schienenfahrzeugbeschaffung).
- 3. Transparenzoffensive bei der BVG:** Die Fahrgäste müssen transparent über Ausfälle und Verspätungen informiert werden, sowohl in Apps als auch am Bahnsteig und im Internet. Was bei S-Bahn und Deutscher Bahn Standard ist, erwarten wir auch von der BVG. Wir fordern: Aktualisierung der Software, für Transparenz und Verlässlichkeit für Fahrgäste!
- 4. Sanierung Bestandsnetz vor Neubau:** Das bestehende U-Bahnnetz ist marode, der Sanierungsstau in Höhe von 3 Mrd. Euro muss abgebaut werden. Denn marode Bahnhöfe und Gleise führen zu weiteren Verspätungen und Ausfällen. Das kann sich Berlin nicht leisten. Die fehlenden Investitionen von heute, sind die Schulden von morgen. Nicht investieren ist ein massives Risiko. Wir fordern: BVG und Senat müssen einen Plan vorlegen, wie der Sanierungsstau im Bestand kontinuierlich abgebaut wird.
- 5. Schnellstmögliche Sanierung des Waisentunnels:** Für die schnelle Erreichbarkeit der U-Bahn-Werkstatt Friedrichsfelde statt aufwendiger Transporte mit dem Tieflader braucht es die Verbindung zwischen den U-Bahnlinien U5 und U8. Wir fordern: Der Senat muss die Finanzierung und den Bau jetzt auf den Weg bringen.
- 6. Zukunftsinvestitionen absichern – Umstieg auf E-Busse bis 2030 finanzieren:** Der Umstieg auf klimaschonende und leise E-Busse bis 2030 ist fest eingeplant gewesen. Der Senat muss jetzt die Finanzierung der weiteren Busse, Betriebshöfe und Ladeinfrastruktur absichern, um den Umstieg bis 2030 zu schaffen. Der Finanzierungsbedarf liegt bei rund 2 Mrd. Euro bis 2030. Jetzt umzukehren und einfach die Bestellung moderner Busse zu stoppen, legt den Grundstein für die nächste BVG-Krise im Busverkehr – in 5-10 Jahren

sind die alten Dieselbusse marode. Wir fordern: Es müssen jetzt die Weichen gestellt werden für den Kauf zuverlässiger, neuer Fahrzeuge! Die Finanzierung ist über Transaktionskredite abzubilden, analog zur Beschaffung neuer S-Bahnwagen über die LSFB.

- 7. Bessere Arbeitsbedingungen:** Verlässliche Pausenzeiten, saubere WCs, gute Bezahlung, faire Dienstpläne, familienfreundliche Schichten, Gesundheitsschutz und Schutz vor Kriminalität sorgen für einen attraktiven Arbeitsplatz im ÖPNV und sind Grundvoraussetzung für eine Überwindung des Personalmangels bei der BVG. Wir fordern: Die Versprechen für bessere Arbeitsbedingungen müssen endlich auch umgesetzt werden.
  
- 8. Sicherheit und Sauberkeit im gesamten Netz:** Zu einem attraktiven Nahverkehr gehören neben Sicherheit in den Fahrzeugen auch saubere und sichere Bahnhöfe und Haltestellen. Das Land muss dies im Verkehrsvertrag absichern und mehr Reinigungs- und Sicherheitspersonal für alle Bahnhöfe bereitstellen. Das dient auch dem Schutz des Personals, das immer wieder Opfer von Angriffen wird.

## Hintergrund – Rekordinvestitionen in den ÖPNV in Grüner Regierungsverantwortung

- Unter Grüner Verantwortung wurde der größte ÖPNV-Ausbau in der Berliner Geschichte beschlossen: der neue Nahverkehrsplan, der 2019 beschlossen wurde, sieht **Rekordinvestitionen in Höhe von 28 Mrd. Euro bis 2035** in den Berliner ÖPNV vor: dichtere Takte, neue Straßenbahnlinien, neue Wagen für S- und U-Bahn, Barrierefreiheit



- Die Umsetzung dieser ÖPNV-Strategie wurde mit der BVG im neuen Verkehrsvertrag verankert, mehr Angebot bei Bus und Bahn durch dichtere Takte, neue U-Bahn- und Tram-Wagen, kompletter Umstieg auf E-Busse bis 2030, neue Tramlinien, U-Bahnausbau (U3, U7) – **Die Finanzierung für die BVG ist unter Grüner Verantwortung mit Umsetzung des neuen Verkehrsvertrages, der von 2020 bis 2035 läuft, massiv angestiegen:**

Jahr	Zahlung an die BVG im Rahmen des Verkehrsvertrages für den Betrieb des ÖPNV (in Mio. €)	Steigerung zu Ausgangsjahr 2014	Haushalt beschlossen von
2014	284	-	SPD-CDU
2015	287	+1%	SPD-CDU
2016	302	+6%	SPD-CDU
2017	312	+10%	SPD-CDU
2018	322	+13%	r2g
2019	322	+13%	r2g
2020	399	+40%	r2g
2021	554	+95%	r2g
2022	999	+351%	r2g

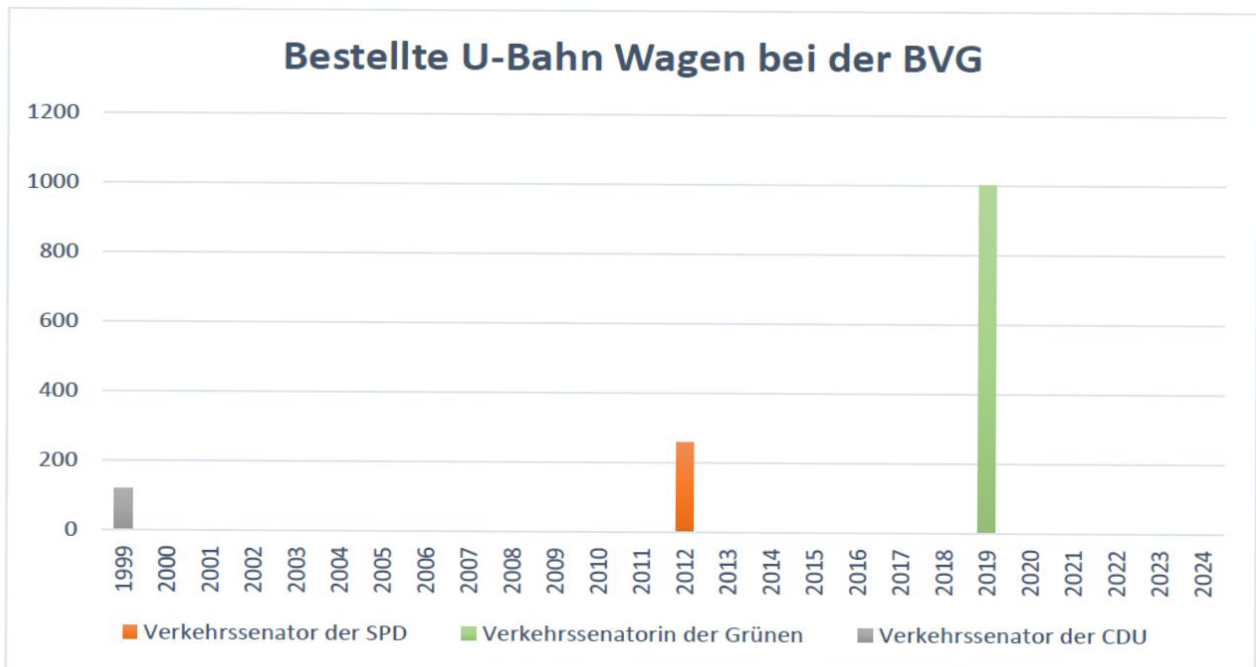
<b>2023</b>	756	<b>+266%</b>	r2g
<b>2024</b>	796	<b>+280%</b>	CDU-SPD
<b>2025</b>	845	<b>+297%</b>	CDU-SPD
<b>2026</b>	?		
<b>2027</b>	?		

*Erläuterung: die Zahlungen an die BVG im Rahmen des Verkehrsvertrages decken die Kosten der BVG für den Betrieb (Bus, U-Bahn, Tram, Fähre, Personalkosten, Sicherheit Sauberkeit, Instandhaltung, etc.) ab. Investitionen in neue Straßenbahn- und U-Bahnlinien sind zusätzlich und in diesen Zahlen nicht enthalten. 2022 Sondereffekte wegen Corona-Rettungsschirm zum Ausgleich von Fahrgastrückgängen. Zeilenfarbe = Partei der Verkehrssenatorin*

- Die Zahlen belegen eindrucksvoll die **enormen Steigerungen der unter Grüner Verantwortung bereitgestellten Mittel für den ÖPNV.**
  - o Analog zur BVG wurden **auch bei S-Bahn und Regionalverkehr enorme Steigerungen bei den Verkehrsverträgen** für diese ÖPNV-Säulen erreicht. Das **Angebot konnte entsprechend ausgeweitet werden** (Regionalverkehr **+40%**).
  - o auch bei der BVG wurden **mehr Leistungen bestellt**, das **Angebot** wurde **ausgeweitet**.
  - o Ein großer Teil der Zahlungen an die BVG floss auch in die **Beschaffung neuer U-Bahnwagen**, die ein gutes **U-Bahn-Angebot in der Zukunft** absichert
  - o Die Angebotsverbesserungen gingen einher mit deutlich **steigenden Fahrgastzahlen der BVG** (1,1 Mrd. Fahrgäste vor Corona pro Jahr), mittlerweile ist das wieder erreicht
  - o Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung, die das Land Berlin mit der BVG eingegangen ist, ist auch der aktuelle Senat an die hohen Leistungen für den ÖPNV gebunden, daher bislang keine substantiellen Haushaltskürzungen beim ÖPNV-Betrieb
  - o **Problem: 2025 findet eine vertraglich vereinbarte Revision des Verkehrsvertrages mit der BVG statt. Das ist der Hebel für schwarz-rot massive Kürzungen bei der BVG, zu erzwingen. Auch bei der S-Bahn und dem Regionalverkehr drohen entsprechende Kürzungen!**
  - o Der Plan der Koalition, **bei den Verkehrsverträgen zu kürzen, wäre der Todesstoß für den Berliner ÖPNV** und die Fahrgäste, die auf die Öffis angewiesen sind (nur noch 27% der Berliner\*innen haben ein eigenes Auto!)
  - o damit weitere Steigerungen in den nächsten Jahren möglich werden, müssen die begonnenen **Planungen** für neue **Tramlinien** sowie für **i2030** konzentriert **fortgeführt** und baulich realisiert werden. Denn mehr und längere Züge brauchen entsprechende Infrastruktur

**Konkret zum Vorwurf, Grüne seien verantwortlich für die aktuelle BVG-Krise:**

- Der **Bedarf neuer U-Bahnwagen wurde von Grün von Beginn an erkannt**, auch vor dem Hintergrund der gewünschten Angebotsausweitung im ÖPNV und dem drohenden Fahrzeugmangel wegen überalteter Fahrzeuge



- Grund für die Überalterung der U-Bahnflotte: **über Jahrzehnte wurden unter SPD- und CDU-Senaten keine neuen U-Bahnwagen bestellt**, eine der Auswirkungen des jahrelangen Sparkurses unter Sarrazin, bereits vor 2016 hätten kontinuierlich neue Wagen bestellt werden müssen, um den Alterungsschwund auszugleichen! Das haben SPD und CDU (und zuvor auch Die Linke während Rot-Rot!) versäumt. Lediglich 2012 wurde ein kleiner Auftrag für wenige neue U-Bahn-Wagen angestoßen (die aktuell modernste Baureihe IK)
- Ende **2016** wurde die **Ausschreibung für den Bau neuer U-Bahnwagen** veröffentlicht
- **2019** konnte unter Grünen Senatorinnen (Regine Günther für Verkehr und Ramona Pop als BVG-Aufsichtsratsvorsitzende) mit der **Vergabeentscheidung die größte Bestellung neuer U-Bahnwagen** auf den Weg gebracht werden:
  - o bis zu **1.500 neue Wagen** für 3 Mrd. Euro sollten von Stadler geliefert werden.
  - o Dabei sind 1.000 neue Wagen fest finanziert, die restlichen 500 Wagen sind als Option verankert, für die damals noch keine Finanzierung gefunden werden konnte (in den Verhandlungen mit dem SPD-Finanzsenator...)

- o Die Aufstockung der Finanzierung um weitere 500 Wagen müsste vom aktuellen Senat erfolgen, um auch künftig ausreichend neue Wagen und mehr Angebot zu ermöglichen!
  - Die **Wagen sollten ursprünglich ab 2022 geliefert werden**, es kam aber zu **Verzögerungen, für die nicht Grüne verantwortlich gemacht werden können**:
    - o Der Zeitplan für die neuen U-Bahnwagen sah anfangs so aus: Die ersten Prototypen sollten im Jahr 2021 geliefert werden, jeweils zwölf Wagen des Kleinprofils (Typ JK) und des Großprofils (Typ J). Im Jahr 2022 sollten 76 Wagen geliefert werden, anschließend von 2023 bis 2032 jährlich 136 Wagen, insgesamt also 1500.
    - o Der unterlegene Anbieter **Alstom klagte gegen die Vergabe** an Stadler, das Verfahren zog sich bis 2020, Alstom verlor seine Klage  
<https://www.tagesspiegel.de/berlin/kammergericht-entscheidet-fur-bvg-und-gegen-alstom-5058241.html>
    - o Dann kamen **Coronakrise und Ukraine-Krieg**, die die Lieferung erheblich verzögert haben, es kam zu **Lieferkettenproblemen** insbesondere bei elektronischen Bauteilen (Halbleiterchips)  
<https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2023/10/stadler-u-bahn-berlin-weitere-verzoegerung-auslieferung.html>
- All diese Verzögerungen sind nicht den Grünen zuzuschreiben.

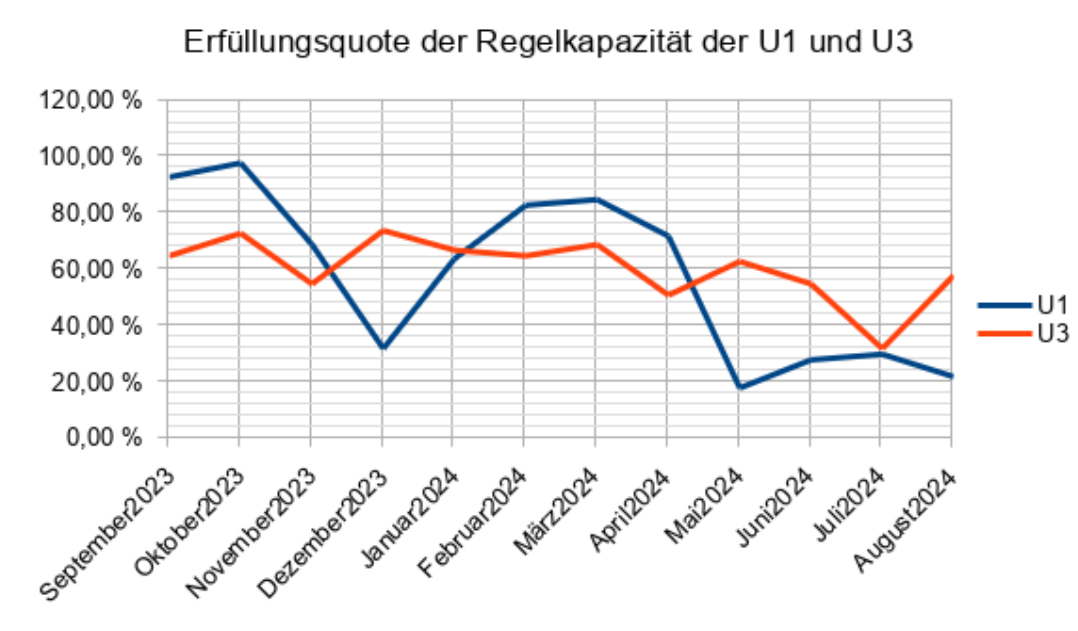


## Aktuelle Anfrage zu den Kapazitäten aller U-Bahn-Linien:

Schriftliche Anfrage 19/20269: <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-20269.pdf>

Massive Kapazitätseinschränkungen seit Mai 2024 bei U1 und U3:

- U1: nur noch 20% der Regelkapazität
- U3: nur noch 50% der Regelkapazität



Zudem massiver Ausfall von Nutzzugkilometern auf den meisten Linien, am stärksten betroffen ist die U7, allein im August 2024 40.000 ausgefallene Nutzzugkilometer:

